



Amtsgericht Bonn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 03.02.2026, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal W 1.26 (Wilhelmbau), Wilhelmstr. 21, 53111 Bonn

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Beuel, Blatt 20413,

BV Ifd. Nr. 1

Gemarkung Beuel, Flur 18, Flurstück 1432, Gebäude- und Freifläche, Am Ledenhof 2, Größe: 155 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein Grundstück (155 m²) in Bonn-Vilich, das mit einem zweigeschossigen Einfamilienreihenmittelhaus bebaut ist. Das voll unterkellerte Wohngebäude (Baujahr ca. 1954/55) verfügt über eine Wohnfläche von rd. 127 m². Eine Innenbesichtigung der baulichen Anlagen war nicht möglich, so dass das Gutachten aufgrund des äußereren Anscheins und der zugänglichen Unterlagen erstellt wurde. Die verbleibende Unsicherheit hinsichtlich der Ausstattung und des Zustands des zu bewertenden Wohnhauses wurde in einem Risikoabschlag berücksichtigt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 21.12.2020 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

369.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.